I. Planungsrechtliche Festsetzungen

Die planungsrechtlichen Festsetzungen beruhen auf § 9 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I, S. 1509), der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I, S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Investitionsförderungs- und Wohnbaugesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I, S. 466), der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeicherverordnung 1990 PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I, S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I, S. 1509)

1 Art der baulichen Nutzung (§ 9 [1] 1 BauGB i.V.m. § 1 BauNVO)

Als Art der baulichen Nutzung werden für die Bebauung vorgesehenen Flächen Sonstige Sondergebiete gemäß § 11 BauNVO festgesetzt.

- Für das nordwestlich gelegene Sonstige Sondergebiet wird die Zweckbestimmung „Kino-Center“ festgesetzt. Zulässig sind neben den notwendigen Räumlichkeiten für die Kinonutzung auch gastronomische Einrichtungen. Vergnügungsstätten sind nicht zulässig.
- Für das südöstlich gelegene Sonstige Sondergebiet wird die Zweckbestimmung „Parkhaus“ festgesetzt. Zulässig ist ausschließlich die Errichtung eines Parkhauses.

2 Maß der baulichen Nutzung (§ 9 [1] 1 BauGB i.V.m. §§ 16,17,19 BauNVO)

- Im Sonstigen Sondergebiet (SO) „Kino-Center“ darf die festgesetzte Grundfläche von 3.150 m², um die in der textlichen Festsetzung 3.2. formulierten Abweichungen überschritten werden.
- Im Sonstigen Sondergebiet (SO) „Parkhaus“ darf die festgesetzte Grundflächenzahl (GRZ) von 0,8 gemäß § 17 (2) BauNVO bis zu einer GRZ von 1,0 überschritten werden.

3 Bauweise und überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 [1] 1 und 2 BauGB i.V.m. §§ 22, 23 BauNVO)

- In dem Sonstigen Sondergebiet „Parkhaus“ wird die abweichende Bauweise gemäß § 22 (4) BauNVO festgesetzt. Die abweichende Bauweise mit der Bezeichnung „a1“ bedeutet, dass das Gebäude mit seitlichen Grenzabständen Längen von mehr als 50 Meter aufweisen kann.
- In dem Sonstigen Sondergebiet „Kino-Center“ wird die abweichende Bauweise gemäß § 22 (4) BauNVO festgesetzt. Die abweichende Bauweise mit der Bezeichnung „a2“ bedeutet, dass das Gebäude ohne seitliche Grenzabstände Längen von mehr als 50 Meter aufweisen kann, und keine Anbauverpflichtung auf angrenzenden Baugrundstücken besteht.
- Im Sonstigen Sondergebiet „Kino-Center“ darf von den festgesetzten Baulinien gemäß § 23 (2) BauNVO ausnahmsweise pro Fassadenseite auf der gesamten Länge bis zu 1,50 m zurückgewichen werden. Für außenliegende Lichtschuppen und Bauten im Zusammenhang mit Ein- und Ausgängen darf die Baulinie bis maximal 2,50 m bis zu einer Länge von insgesamt 10 m pro Gebäudekante überschritten werden. Insgesamt darf die Baulinie zu allen Seiten ausnahmsweise um 1 m überschritten werden.

4 Höhe baulicher Anlagen (§ 9 [1] 1 BauGB i.V.m. §§ 16 u. 18 BauNVO)

- Die maximal zulässige Höhe der Oberkanten baulicher Anlagen innerhalb der sonstigen Sondergebiete „Kino-Center“ und „Parkhaus“ darf 117,50 m ü. NN betragen.
- Für technische Anlagen und sonstige untergeordnete Bauteile darf die festgesetzte Höhe auf 10 % der Fläche ausnahmsweise um 2,50 m überschritten werden. Diese müssen mindestens 2,50 m von den Gebäudekanten entfernt liegen.

5 Geh-, Fahr und Leitungsrechte (§ 9 [1] 21 BauGB)

- Die mit „GFL 1“ in der Planzeichnung gekennzeichneten Flächen werden mit einem Fahrrecht zu Gunsten des Kinobetreibers, mit einem Gehrecht für die Allgemeinheit sowie mit einem Leitungsrecht zu Gunsten der zuständigen Leitungsträger belastet.

6 Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen (§ 9 [1] 24 BauGB)

- Zum Schutz der Büro- und Wohnnutzungen vor Verkehrslärm werden gemäß § 9 (1) 24 BauGB die in der Planzeichnung dargestellten Lärmpegelbereiche nach DIN 4109, Schallschutz im Hochbau festgesetzt. Die Festsetzungen gelten für die der Straße Am Steinheimer Tor zugewandten Gebäudefronten. Für Seitenfronten und rückwärtige Fronten gelten um jeweils eine Stufe niedrigere Lärmpegelbereiche. Den genannten Lärmpegelbereichen entsprechen folgende Anforderungen an den passiven Schallschutz:

Lärmpegelbereich nach DIN 4109	Maßgeblicher Außenlärmpegel La [dB(A)]	erforderliches bewertetes Schalldämmmaß der Außenbauteile R _w res	
		Wohnräume [dB(A)]	Büroräume** [dB(A)]
III	61-65	35	30
IV	66-70	40	35
V	71-75	45	40

*) resultierendes Schalldämmmaß des gesamten Außenbauteils (Wände, Fenster und Lüftung zusammen)
**) An Außenbauteile von Säulen, bei denen der eindringende Außenlärm aufgrund der in den Säulen ausgestrahlten Tätigkeiten nur einen untergeordneten Beitrag zum Innenraumpegel leistet, werden keine Anforderungen gestellt.

Im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren ist die Eignung der für die Außenbauteile der Gebäude gewählten Konstruktionen nach den Kriterien der DIN 4109 nachzuweisen. Von den vorgenannten Festsetzungen kann abgewichen werden, wenn im Rahmen eines Einzelnachweises ermittelt wird, dass aus der tatsächlichen Lärmbelastung geringere Anforderungen an den passiven Schallschutz resultieren

7 Anpflanzen und Erhalt von Bäumen (§ 9 [1] 25a und b BauGB)

- In der öffentlichen Grünfläche sind mindestens 7 Bäume gemäß Pflanzliste zu pflanzen. Der Stammumfang muss mindestens STU 16/16 cm betragen.
- Von dem festgesetzten Erhalt von Bäumen kann ausnahmsweise abgewichen werden.
- Öffentliche Grünfläche (§ 9 [1] 15 BauGB)**
 - Die öffentliche Grünfläche darf für Erschließungen des Kino-Centers bis zu einer Breite von insgesamt 15 m unterbrochen werden.
 - Innerhalb der öffentlichen Grünfläche ist die Anlage eines 3 Meter breiten Fuß- und Radweges zulässig.

II Bauordnungsrechtliche Festsetzung (§ 9 [4] BauGB)

Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen beruhen auf der Hessischen Bauordnung (HBO) in der Fassung der Verkündung vom 18. Juni 2002 (GVBl. I, S. 274), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 15. Dezember 2009, GVBl. S. 716.

- Auf die Herstellung von Stellplätzen, die im Zuge der Errichtung und des Betriebs des Kinogebäudes (SO Kino-Center) erforderlich werden, wird verzichtet. (§ 44 Abs. 1 Nr. 4 und 5 HBO i.V. mit § 61 Abs. 4 HBO und § 9 Abs. 4 BauGB).

Nachrichtliche Übernahmen

Bodendenkmale
Die ehemaligen Befestigungsanlagen (Stadtgraben) werden als Bodendenkmal nachrichtlich übernommen. Auf Ebene der Baugenehmigungsverfahren sind Abstimmungen mit der Unteren Denkmalschutzbehörde - Abt. Bodendenkmalpflege sowie mit dem Landesdenkmalamt Abt. Archäologie und Paläontologie in Wiesbaden zu führen.

Hinweise

- Bodenverunreinigungen**
In den gem. § 9 Abs. 5 (3) BauGB auf der Planzeichnung gekennzeichneten Bereichen sind Erdprobenentnahmen gütlichherlich zu begleiten.
- Kampfmittel**
Die Auswertung der beim Kampfmittelräumdienst des Landes Hessen vorliegenden Kriegsluftbilder hat ergeben, dass sich das Bebauungsplangebiet in einem Bombenabwurfgebiet befindet. Vom Vorhandensein von Kampfmitteln auf solchen Flächen muss grundsätzlich ausgegangen werden.
Eine systematische Überprüfung (Sondieren auf Kampfmittel, gegebenenfalls nach Abtrag des Oberbodens) ist daher vor Beginn der geplanten Bauarbeiten auf den Grundstücksflächen erforderlich, auf denen bodenunabhängige Maßnahmen stattfinden.
- Luftreinhaltung / Lärm**
Gerüche und Lärm emittierende Anlagen (z.B. Mülltonnenplätze, Klimaanlage, gewerbliche Küchendunstabzugsanlagen, Laderampen usw.) sind dem Stand der Technik so aufzustellen, zu errichten und zu betreiben (z.B. Kapselung, Einhausung, Aufstellung entfernt schützenswerter Daueraufenthaltsräume bzw. Daueraufenthaltsplätze, Abführung in die freie Luftströmung), dass es zu keinen Gesundheitsgefahren oder erheblichen Beeinträchtigungen durch Gerüche und Lärm im Bereich schützenswerter Daueraufenthaltsräume nach DIN 4109 oder Daueraufenthaltsräume kommt. Zu- und Abluftöffnungen Lärm emittierender Anlagen (z.B. Klimaanlage, Kühlanlagen) sind mit Schalldämmern auszurüsten, wobei diese so zu dimensionieren sind, dass an den nächstgelegenen Fenstern schützenswerter Daueraufenthaltsräume keine höheren Schalldruckpegel als 6 dB unter Immissionsrichtwert auftreten.
- Lichtmisseaktionen**
Vor Einbau Sonneneinstrahlungseffekte verursachender Bauelemente und technischer Anlagen (z.B. verspiegelte Gläser, Photovoltaikanlagen) ist deren Blendwirkung auf schützenswerte Daueraufenthaltsflächen und -räume nach der Richtlinie zur Messung und Beurteilung von Lichtmissionen des Länderausschusses für Immissionsschutz (LAI) zu überprüfen. Ergibt die Prüfung, dass schädliche Umwelteinwirkungen durch Blendung zu befürchten sind, ist der Einbau solcher Elemente bzw. Anlagen unzulässig.
Die Außenbeleuchtung ist energiesparend, streulichtarm und insektenverträglich (UV-armes Lichtspektrum) zu installieren. Die Leuchten müssen staubdicht und so ausgebildet sein, dass eine Lichtwiegung nur auf die zu beleuchtende Fläche erfolgt. Eine direkte Blendwirkung zu Lichtquellen von benachbarten schutzbedürftigen Daueraufenthaltsräumen aus ist durch geeignete Lichtpunkthöhe, Neigungswinkel der Leuchten, Reflektoren, Blenden usw. zu vermeiden. An öffentlichen Verkehrsflächen sind Natrium-Hochdrucklampen zu verwenden. Dies gilt auch für die Beleuchtung privater Wege, wenn sie nach Umfang und Dauer ähnlich der öffentlichen Straßenbeleuchtung betrieben wird.
Außenleuchten dürfen nicht direkt vor den Fenstern von schutzbedürftigen Daueraufenthaltsräumen nach DIN 4109, stark reflektierenden Fassaden oder in Holzgruppen angebracht werden. Für großformatige Plakate, die gleichmäßig ausgeleuchtet werden sollen, sind Scherwien mit asymmetrischer Lichtverteilung zu verwenden, die oberhalb von 85° Ausstrahlungswinkel (zur Vertikalen) kein Licht abgeben.
Werbeanlagen in Form von laufenden Schriften, Blink-, Wechsel- und großflächige Farbbeleuchtung, (z.B. bunte Fassadenbeleuchtung) sowie Videowände und Light-Boards sind im Plangebiet unzulässig.

Pflanzlisten

Bäume	
Acer campestre Acer pseudoplatanus Betula pendula Carpinus betulus Fagus sylvatica Juglans regia Populus tremula Prunus padus Quercus robur Sorbus domestica Sorbus lornialis Tilia platyphyllos	Feld-Ahorn Berg-Ahorn Sand-Birke Hainbuche Rothbuche Walnuss Zitterpappel Traubeneiche Stiel-Eiche Silber-Weide Echte Mehlbeere Spiegleiche Eisbeere Sommer-Linde

Sträucher	
Cornus sanguinea Euonymus europaeus Hedera helix Lonicera xylosteum Rhamnus cathartica Ribes nigrum Ribes uva-crispa Rosa corymbifera Rosa lomatosa Rubus fruticosus Salix caprea Viburnum opulus	Roter Hartriegel Gemeiner Spindelstrauch Gemeiner Efeu Gemeine Heckenrösche Purgier-Kruszdom Schwarze Johannisbeere Stachelbeere Hecken-Rose Fitz-Rose Gewöhnliche Brombeere Sawide Gewöhnlicher Schneeball

Bäume	
Acer platanoides Alnus glutinosa Betula pubescens Castanea sativa Fraxinus excelsior Pinus sylvestris Prunus avium Quercus petraea Robinia pseudoacacia Salix x rubens Sorbus aucuparia Sorbus torminalis Tilia cordata	Spitz-Ahorn Schwarz-Erle Moor-Birke Eskkastanie Gemeine Esche Gemeine Kiefer Vogelkirsche Trauben-Eiche Robinie Hohe Weide Nördliche Eberesche Schwedische Mehlbeere Winter-Linde

Planzeichenerklärung

Planzeichen gemäß der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeicherverordnung 1990 - PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I, S. 58)

Art der baulichen Nutzung (§ 9 [1] BauGB)

- SO Kino-Center Sonstige Sondergebiet (§ 11 BauNVO), Zweckbestimmung: Kinocenter
- SO Parkhaus Sonstige Sondergebiet (§ 11 BauNVO), Zweckbestimmung: Parkhaus

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 [1] BauGB; §§ 16-20 BauNVO)

- GR 3.150 m² Grundfläche in Quadratmetern
- 0,8 Grundflächenzahl (GRZ)
- 117,5m ü. NN Höhe baulicher Anlagen als Höchstmaß in Metern über NN

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 [1] Nr. 2 BauGB)

- a abweichende Bauweise (a1 / a2 siehe Textliche Festsetzungen)
- Baugrenze
- Baulinie

Verkehrsflächen (§ 9 [1] Nr. 11 BauGB)

- Öffentliche Straßenverkehrsflächen
- Einfahrtbereich
- Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

Grünflächen (§ 9 [1] Nr. 15 BauGB)

- Öffentliche Grünflächen
- Zweckbestimmung: Parkanlage

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 [1] Nr. 20 u. 25 BauGB)

- Erhalt von Bäumen

Regelungen für die Stadterhaltung und für den Denkmalschutz (§ 9 [6] BauGB)

- Bodendenkmal (Nachrichtliche Übernahme)

Sonstige Planzeichen

- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 (7) BauGB)
- Umgrenzung von Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährlichen Stoffen belastet sind (Kennzeichnung)
- Abgrenzung unterschiedlicher Lärmpegelbereiche
- Lärmpegelbereich (z.B. LPB V)
- Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen (z.B. GFL 1)
- Gebietsbezeichnung
- Vollgeschosse
- Grundfläche (GR) / Grundflächenzahl (GRZ)
- Geschossflächenzahl
- Bauweise
- Höhe baulicher Anlagen

Vorhabenbeschreibung

Das am Steinheimer Tor in Hanau geplante Vorhaben ist ein sog. „Multiplex-Kino“, ein Lichtspielhaus mit mehreren Sälen in denen gleichzeitig oder zeitversetzt mehrere Filme und / oder ein Film in mehreren Sälen vorgeführt werden kann.

Projektiert sind derzeit 8 Säle (Alternativ 9 Säle) mit insgesamt ca. 1079 Besucherplätzen. Die geplanten Saalgrößen liegen zwischen max. 318 (größter Saal) und 75 Plätzen (kleinster Saal).

Die Kinosaäle sind intern über einen T-förmigen Flur erschlossen. Dem Flur vorgelagert ist ein Foyer angeordnet, das sowohl den Zugang zum Objekt und den Standort für Informationen und Eintrittskartenerwerb, als auch das nutzungsspezifische Begleitangebot Popcorn-, Süßwaren- und Getränkeverkauf beherbergt.

Der Foyerfläche ist ein Cafe-Bistro als zusätzliches Kundenangebot angelagert, ein bewirtschafteter Bereich mit Snack- und Getränkeangeboten für die Kinobesucher vor und nach den Vorstellungen. Das Speisenangebot wird sich nach Art und Umfang darauf beschränken, was in einer sog. Wärmeküche mittels Micro-Welle, Heißluftofen u. Ähnliches an Snacks produziert werden kann. Eine Gastronomieküche und entsprechendes Speisenangebot ist nicht vorgesehen.

Erschlossen wird das Gebäude von Süden über einen Vorplatz zwischen Gebäude und der Hauptverkehrsstrasse (B45). Geplant ist dasselbe ohne Unterkellerung. Neben den erforderlichen Gründungsbauteilen, Frostschürzen, etc., bindet lediglich der Große Saal in einem Teilbereich ca. 1,5 m in den Untergrund ein. Die Warenanlieferung (Thekenverkauf und Cafe Bistro) erfolgt über die nutzungszugehörig ost- bzw. westseitig angeordneten Nebenräume, respektive an diese Bereiche heranreichende Zufahrtsmöglichkeiten. Die Müllabfuhr erfolgt auf die selbe Weise aus einem nordöstlich unterhalb eines Kinosaales geplanten Müllraum.

Die Versammlungsräume (Kinosaäle, Foyer) sind sämtlich Erdgeschossig angeordnet, sind über den o.g. T-förmigen Flur erschlossen und haben jeweils einen eigenständigen Ausgang ins Freie. Die Sitzreihen in den Sälen sind amphitheaterartig aufgeräumt, um dem Besucher von jedem Platz aus eine unbehinderte Sicht auf die Leinwand zu ermöglichen.

Das Obergeschoß liegt zwischen den Kinosaälen, bzw. lagert sich an dieselben an und beherbergt neben den Verwaltungs- und Sozialräumen als „Herz“ der gesamten Anlage die sog. Bildwerferäume in welchen die Vorführentechnik untergebracht ist und aus welchen die Filme projiziert werden.

Auf den Dachflächen der nord-südverlaufenden Bildwerferäume sind die erforderlichen raumluftechnischen Anlagen und die Kälteanlage aufgestellt. Im Übrigen sind die Dachflächen als Kiesdächer vorgesehen.

Das Gebäude wird voraussichtlich als Mischkonstruktion aus Skelett- und Massivbau errichtet werden. Für die Herstellung kommen sowohl Ortbeton- und Mauerwerk-, als auch Fertigteilkonstruktionen und -systeme in Betracht

Hanau
Brüder Grimm Stadt

Vorhabenbezogener
Bebauungsplan Nr. 27
"Kino-Quartier"

Übersichtskarte M 1 : 5.000

Querschnitte

nicht rechtsverbindliche Darstellung

Ansichten

nicht rechtsverbindliche Darstellung

Längsschnitt

nicht rechtsverbindliche Darstellung

Vorhabenkonzept

zum vorhabenbezogenen
Bebauungsplan Nr. 27
"Kino-Quartier"